



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 426 Postulat Wolanin Jim und Mit. über die Ermöglichung von nicht dringenden medizinischen Eingriffen in den Luzerner Spitälern, solange die Kapazität gewährleistet ist / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 426 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Noëlle Bucher lehnt die dringliche Behandlung ab. Jim Wolanin hält an der Dringlichkeit fest.

Noëlle Bucher: Die G/JG-Fraktion opponiert der Dringlichkeit des Postulats aus den folgenden Gründen: Der Bund hat empfohlen, nicht dringende Wahleingriffe zu verschieben. Ein Verbot besteht im Kanton Luzern aber aktuell nicht, und in den Spitälern des Kantons werden nicht dringende Eingriffe weiterhin durchgeführt, wenn es die Kapazitäten erlauben. Die Forderung ist somit erfüllt, und das Geschäft kann zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden. Der Bezug des Postulats zur Covid-19-Pandemie verleiht ihm nicht automatisch ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, sonst müssten konsequenterweise alle Vorstösse mit Corona-Bezug dringlich behandelt werden.

Marcel Budmiger: Wir haben es von der Vorrednerin gehört: Jim Wolanin verlangt mit einem dringlich eingereichten Vorstoss etwas, das der Kanton jetzt schon umsetzt. Die SP hat sich gefragt, was die mögliche Antwort der Regierung wäre. Konsequenterweise müsste diese Ablehnung wegen Erfüllung lauten. Deshalb macht es auch nicht Sinn, dieses Anliegen dringlich zu diskutieren. Wir sehen die Dringlichkeitskriterien nicht als erfüllt an und werden die Dringlichkeit ablehnen.

Jim Wolanin: Die Dringlichkeitskriterien sind vollständig erfüllt. Das ausserordentlich hohe politische Gewicht, das infrage gestellt wird, entsteht daher, dass seitens des Bundesrates und auch der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) Druck ausgeübt wird, damit wir die nicht dringenden Eingriffe sistieren. Wenn wir auf den April zurückschauen, als man das getan hat, kostete dies ungefähr 40 Millionen Franken. Somit sind das hohe politische Gewicht und damit die Dringlichkeit gegeben. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich muss etwas schmunzeln. Noëlle Bucher und Marcel Budmiger können offenbar Gedanken lesen. Ihre Antworten entsprechen der Haltung der Regierung, und deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.

Jim Wolanin zieht sein Postulat zurück.

Jim Wolanin: Gestern haben wir dank der Dringlicherklärung von der Regierung eine klare Stellungnahme erhalten, welche den Antrag auf Ablehnung wegen Erfüllung beinhaltet.

Wenn die Regierung der Ansicht ist, dass unsere Forderung vollständig erfüllt wird, ist uns das recht. Somit sind weitere Diskussionen obsolet. Wir danken der Regierung und ziehen den Vorstoss zurück.